Rundschau Nord • Nr. 2

13. Januar 2022

Von Finanzierung, Subventionen und Abhängigkeiten

# Ja, unsere Zeitungen lesen Sie gratis!

Für einmal geht es bei einer eidgenössischen Abstimmung um die Medien – unser Kerngeschäft. Wir nutzen die Gelegenheit, um unsere Finanzierung offen zu deklarieren.

Geschätzte Leserin, geschätzter Leser

Der Grund, warum wir uns heute ausnahmsweise so persönlich an Sie wenden, ist folgender: Am 13. Februar stimmen die Schweizerinnen und Schweizer über das Bundesgesetz über ein Massnahmenpaket zugunsten der Medien ab. Es geht also für einmal um das Kerngeschäft unseres Verlags. Das freut uns, denn die Debatte über die Aufgabe der Medien in einer Demokratie, über den Wert der Vielfalt und den Sinn unserer journalistischen und verlegerischen Tätigkeit bringt vieles auf den Tisch und manches ins Rollen. Dass in einem Staat so intensiv, engagiert und kritisch über die Medien nachgedacht und diskutiert wird, ist nicht selbstverständlich und mitunter ein grosses Privileg - das Privileg einer Demokratie, zu der auch wir uns bekennen.

Wir wollen an dieser Stelle weder für ein Ja noch für ein Nein plädieren – denn das ist nicht unsere Aufgabe. Vielmehr ist es uns ein Anliegen, Sie über ein paar Dinge zu informieren, von denen wir denken, dass es gut und hilfreich ist, wenn Sie sie kennen. Die Fakten zu benennen, ist nicht nur Grundlage unseres Business, sondern die Basis für jede freie Meinungsbildung.

Beginnen wir bei den Inseraten. Ohne Geld können auch wir keinen Journalismus betreiben. Als «Gratiszeitung», wie man uns zuweilen etwas abschätzig, aber durchaus korrekt



Stefan Bernet, Verlagsleitung



**Annegret Ruoff, Redaktionsleitung** 

bezeichnet, finanzieren wir uns hauptsächlich über Inserate, Publireportagen und weitere bezahlte Gefässe. Damit Sie wissen, welche Inhalte in unseren Zeitungen «gekauft» sind, weisen wir sie entsprechend aus. Dazu sind wir verpflichtet. Denn Sie, liebe Leserin, lieber Leser, haben ein Recht darauf zu wissen, wie es um die (Un)abhängigkeit Ihrer Zeitung steht. Dass Sie unsere Inhalte ebenso kritisch lesen, wie wir den Politikerinnen und Politikern, den Amtsträgerinnen und Amtsträgern, den Funktionärinnen und Funktionären auf die Finger schauen, schätzen wir ungemein. Und wir vertrauen darauf, dass Sie uns die Leviten lesen, wenn wir Journalismus versehentlich mit Werbung verwechseln.

Unseren Inserentinnen und Inserenten sind wir äusserst dankbar. Dass sie unsere Medien schätzen und sie nutzen, um möglichst viele Haushalte und damit potenzielle Kundinnen und Kunden zu erreichen, ist unser Glück. Ohne sie könnten wir den Verlag per sofort dichtmachen. That's a fact!

Die zweite Einnahmequelle bilden diejenigen Gemeinden, die unsere Medien für ihre amtlichen Publikationen nutzen. Sie vertrauen unserer breiten Abdeckung, die ihnen die flächendeckende Information ihrer Einwohnerinnen und Einwohner ermöglicht. Die einen publizieren ihre Meldungen und Inserate verdankenswerterweise auf speziellen Seiten innerhalb unserer Zeitungen, die andern nutzen unsere Medien als Transportmittel für ihre Gemeindenachrichten in Form einer Beilage.

Die dritte Einnahmequelle sind unsere Gönnerinnen und Gönner, die uns in Form von Spenden und Pluscard-Mitgliedschaften unterstützen. Wir freuen uns ausserordentlich, dass dies aktuell rund 1200 unserer Leserinnen und Leser tun.

Mehr Einnahmequellen haben wir nicht. All unsere Artikel lesen Sie gratis und franko, nicht nur in der Zeitung, sondern auch im Netz.

Kommen wir also zu den Subventionen. Wir erhalten staatliche Förderung in Form von ermässigten Posttarifen. Das ist für uns seit Jahren

eine grosse Unterstützung. Für die Post sind wir allerdings – gemessen an den grossen Verlagshäusern dieses Landes – ein «winziger» Kunde und ergo auch ein solcher Verhandlungspartner. Das ist auch in Zukunft so. Denn egal, ob Sie für oder gegen das Massnahmenpaket zugunsten der Medien stimmen – für uns bleibt finanziell alles, wie es war. Als «Gratiszeitungen» werden wir von weiteren Subventionen ausgeschlossen.

Das sind die Fakten. Das ist unsere Realität. Deshalb sind wir etwas irritiert, wenn Politikerinnen und Politiker auf Inseraten das neue Mediengesetz mit einem Plädoyer für die regionalen Medien verbinden. Wir fühlen uns dabei, ehrlich gesagt, etwas desavouiert. Machen unsere Kolleginnen und Kollegen bei den bezahlten Medien per se einen besseren Job als wir? Auch wenn wir «Gratiszeitungen» und keine bezahlten Abonnementsmedien herausgeben, ist unser Beruf für uns weit mehr als ein nettes Hobby. Wir lieben, was wir tun. Und wir tun es aus Überzeugung. Weil wir daran glauben, dass in Zeiten der Globalisierung gerade die Regionen gute Zeitungen brauchen. Denn die grosse weite Welt beginnt nun mal vor der eigenen Haustüre. Wichtige Informationen zu bieten, Kritik zu üben und gute Geschichten zu schreiben, die Sie, liebe Leserin, lieber Leser, zutiefst bewegen, aufrütteln, unterhalten und bereichern, ist unsere Aufgabe und unsere Passion.

Wir danken Ihnen, dass Sie unsere Medien lesen und uns kritisch begleiten. Und wir schätzen es, dass Sie sich zum Massnahmenpaket zugunsten der Medien Ihre eigene Meinung bilden – ganz wie es sich in einer Demokratie gehört.

P. S. Die Inserate, die Sie in unseren Medien zum Mediengesetz finden, können für ein Ja oder für ein Nein werben. Sie sind unabhängig vom redaktionellen Teil und obligat gebucht.

**SURBTAL**: Ehemalige Gemeindeammänner schrieben Brief an beteiligte Gemeinden

# Eine Grossgemeinde im Surbtal?

Endingen, Lengnau, Schneisingen und Tegerfelden planen eine Fusion. Fünf ehemalige Ammänner regen die Überprüfung des Vorhabens an.

#### BEAT KIRCHHOFER

Mit einem Paukenschlag haben fünf ehemalige Gemeindeammänner das neue Politjahr eröffnet. Sie regen die Prüfung einer Fusion der Gemeinden Endingen, Lengnau, Schneisingen und Tegerfelden zur Grossgemeinde Surbtal mit deutlich über 8000 Einwohnerinnen und Einwohnern an. Fünf ehemalige Gemeindeammänner, weil auch der Unterendinger Kurt Hauenstein mit am Tisch sitzt, dessen ehemalige Gemeinde sich 2014 mit Endingen zusammengeschlossen hat.

Weshalb sich in Richtung Fusion bewegen? Kurt Schmid war während seiner 28 Jahre als Gemeindeammann von Lengnau alles andere als ein «Fusionsturbo». Beruflich hat er sich mit dem Thema Gemeindestrukturen und -führung intensiv auseinandergesetzt und Bücher publiziert. Darin hat er auch Situationen analysiert, welche Fusionen sinnvoll machen. Gemeindezusammenschlüsse, stellt Schmid fest, seien immer getrieben durch knappe Ressourcen. «Diese dürfen in den Bereichen Finanzen und Infrastrukturen für die vier Gemeinden als ausgesprochen stabil bezeichnet werden», hält Schmid fest.

Kurt Hauenstein ergänzt, dass Unterendingen im Zeitpunkt der Fusion finanziell gut dagestanden habe und keinen Finanzausgleich bezog. Es sei die sehr enge Zusammenarbeit mit



Markus Spuhler, Schneisingen, Kurt Schmid, Lengnau, Erwin Baumgartner, Tegerfelden, und Kurt Hauenstein, Unterendingen, liefern in einem Arbeitspapier den Impuls zu einer Fusionsprüfung. Nicht auf dem Foto ist Lukas Keller, Endingen. Er nahm per Telefon an der Medienorientierung in Lengnau teil

Endingen gewesen, die den Zusammenschluss habe reifen lassen.

Sichtbare Schwächen seien – so Schmid – hingegen bei der Rekrutierung von Behörden- und Kommissionsmitgliedern auszumachen. Lengnau habe aktuell auf der Suche nach einem Kommissionsmitglied sogar ein Inserat schalten müssen.

## **Exekutive ohne Unternehmer**

Und was Schmid auch feststellt: Derzeit gehört keinem der vier Gemeinderäte eine Unternehmerin oder ein Unternehmer an – ein Novum. Angesichts der immer komplexeren Aufga-

ben, die in der Kommunalpolitik zu lösen sind, ein spürbarer Aderlass. Eine junge Politgeneration fehle weitgehend, was zu einer Überalterung in den Gremien führe. Die Ursache dafür sehen die fünf Gemeindepolitiker in der gesellschaftlichen Entwicklung. Das Surbtal erlebe im Sog der Agglomeration Zürich ein massives Bevölkerungswachstum und werde immer urbaner. Zudem würden die Leute nicht mehr sesshaft - in den vier Gemeinden ziehen rund zehn Prozent der Bevölkerung pro Jahr zu und weg. Der Kitt zwischen Bevölkerung und Gemeinde wird schwächer.

Was an der Presseorientierung am Dienstag nicht gesagt wurde: Eine Gemeinde mit 8000 Einwohnern könnte sich ein vollamtliches Gemeindepräsidium leisten. So weit wollen die fünf Elder Statesmen ihre Ideen gar nicht vorantreiben. Erwin Baumgartner, Tegerfelden, betont, dass in einem Brief an die aktiven Gemeinderäte keine Fusion, sondern deren Prüfung angeregt wird. Gespräche in und mit der Bevölkerung hätten gezeigt, dass diese eine Antwort auf die Frage möchte, wie es mit ihrer Gemeinde weitergeht. «Wir sind keine Motzer, sondern wollen die Gemeinderäte in

den Sommergemeindeversammlungen Kredite für Vorabklärungen zu beantragen», so Baumgartner. Lukas Keller, Endingen, aus seinen Ferien im Wallis per Telefon zugeschaltet, ist ein konkreter Zeitplan wichtig. Zum einen müssen die Gemeinderäte zum Mehraufwand, den Fusionsabklärungen für sie bringt, Ja sagen. Zum anderen den Ablauf so takten, dass wenn die Bevölkerung zu den verschiedenen Schritten Ja sagt – in vier Jahren tatsächlich fusioniert werden könnte.

ehrbarer Absicht motivieren, an

### Weitere Gemeinden

Was ist mit Ehrendingen? Mit Freienwil, mit Siglistorf? Schneisingen hat mit Ehrendingen eine gemeinsame Bauverwaltung. Siglistorf und Schneisingen wollten 2006 fusionieren. Die Siglistorfer sagten Ja, die Schneisinger Nein. Markus Spuhler, Schneisingen, ist der Meinung, dass man im Rahmen eines Fusionsprojekts das Gespräch mit Ehrendingen und Siglistorf suchen müsste – was auch für Freienwil gelte, obwohl die kleinste Gemeinde des Bezirks Baden bisher auf ihre Selbständigkeit gepocht hat.

Nachteile einer Fusion, die gibt es auch, das halten die ehemaligen Gemeindeammänner klar fest. In einer Grossgemeinde werde der Zusammenhalt angesichts der Bevölkerungsentwicklung nicht besser, was insbesondere die heutigen Ortsvereine verspüren könnten und ebenfalls in Richtung Fusionen denken müssten. Nur: Baden hat heute keine Stadtmusik mehr. Grösse hilft nicht jedem Verein in die Zukunft, aber einer Gemeindeorganisation eventuell schon, wie einige Fusionsbeispiele zeigen.